

Antrag

der Abgeordneten Dr. Birke Bull-Bischoff, Jutta Krellmann, Dr. Petra Sitte, Susanne Ferschl, Doris Achelwilm, Simone Barrientos, Matthias W. Birkwald, Anke Domscheit-Berg, Brigitte Freihold, Sylvia Gabelmann, Nicole Gohlke, Dr. Achim Kessler, Katja Kipping, Jan Korte, Pascal Meiser, Cornelia Möhring, Norbert Müller (Potsdam), Sören Pellmann, Jessica Tatti, Harald Weinberg, Katrin Werner, Sabine Zimmermann (Zwickau), Pia Zimmermann und der Fraktion DIE LINKE.

Solidarische Umlagefinanzierung für mehr Ausbildungsplätze einführen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe und Unternehmen lässt seit Jahren spürbar nach. Im Jahr 2017 erreichte die Ausbildungsbetriebsquote mit 19,8 Prozent den niedrigsten Stand und stagniert seitdem (vgl. Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2019, S. 10). Insbesondere Klein- und Kleinstbetriebe ziehen sich aus der Ausbildung zurück. Beteiligte sich vor zehn Jahren noch rund jeder vierte Betrieb an der Ausbildung, so ist es aktuell nicht einmal mehr jeder fünfte Betrieb. Dieser Rückgang der betrieblichen Ausbildungsbeteiligung wird dauerhaft für ein ausreichendes Angebot an Ausbildungsplätzen und für die Fachkräftesicherung nicht folgenlos bleiben: er verengt die Möglichkeiten für junge Menschen, eine duale Berufsausbildung beginnen zu können. Wenn nicht einmal mehr 20 Prozent der Unternehmen ausbilden, aber alle von gut ausgebildeten Fachkräften profitieren wollen, ist es Zeit für einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen Betrieben, die ausbilden und denen, die nicht ausbilden. Alle Betriebe müssen künftig für die Fachkräfteausbildung stärker in die Verantwortung genommen werden.

Auch wenn laut Berufsbildungsbericht 2019 das Angebot an Ausbildungsplätzen stärker gestiegen ist als die Nachfrage, kann bei Weitem nicht von einem ausreichenden Ausbildungsplatzangebot gesprochen werden. Das auf den ersten Blick positive Verhältnis von Angebot und Nachfrage darf nicht über die hohe Zahl an unversorgten Bewerber*innen bzw. ausbildungslosen Jugendlichen hinwegtäuschen. Beispielsweise blieb für das Jahr 2017 für fast jeden siebten Bewerber/jede siebte Bewerberin die Suche nach einem Ausbildungsplatz erfolglos (vgl. Ausbildungsreport der DGB-Jugend 2018, S. 10). Ein weiteres Problem besteht darin, dass derzeit über zwei Millionen Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Damit sind über 14 Prozent der jungen Menschen ausbildungslos und dem erhöhten Risiko ausgesetzt, langzeitarbeitslos oder prekär beschäftigt zu werden. Rund

270000 Jugendliche befinden sich in den zahllosen Maßnahmen des Übergangssystems mit geringen Aussichten auf eine vollqualifizierende Ausbildung. Millionen junger Menschen können von einer Berufsausbildung nur träumen. Es ist Zeit, das Ausbildungsplatzangebot zu vergrößern und allen jungen Menschen die Chance auf eine gute Ausbildung einzuräumen.

Ein geeignetes Instrument zur Schaffung ausreichender Ausbildungsplätze und gleichzeitig für einen fairen Ausgleich bei der Finanzierung von Ausbildungsplätzen zu sorgen, stellt die solidarische Umlagefinanzierung dar. Hierbei sollen alle Betriebe und Unternehmen – gleich ob sie ausbilden oder nicht – in einen Ausbildungsfonds einzahlen, aus dem dann alle Ausbildungsplätze finanziert werden. Ausbildende Unternehmen und Betriebe erhalten aus dem zu bildenden Fonds eine Vergütung oder werden insoweit von der Umlage befreit. Besonders kleine und mittelständische Betriebe, die ausbilden, würden durch diese Art der Ausbildungsfinanzierung entlastet. Dass ein solches Modell erfolgreich ist, zeigt unter anderem die Baubranche. Hier wird dieser Weg der Ausbildungsplatzfinanzierung bereits seit über 30 Jahren erfolgreich gegangen. Auch in anderen Branchen wie beispielsweise der Altenpflege wurden ähnliche Modelle eingeführt mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Ausbildungsplätze erheblich gestiegen ist.

Die Idee, mithilfe einer Umlagefinanzierung mehr duale Ausbildungsplätze zu schaffen, ist nicht neu. Schon vor 15 Jahren wurde die Einführung einer Ausbildungsumlage unter rot-grün geführter Bundesregierung diskutiert. Mit dem „Berufsausbildungssicherungsgesetz“ hat der Deutsche Bundestag im Mai 2004 die Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage beschlossen, wenn nicht ausreichend Ausbildungsstellen angeboten werden. Allerdings wurde das Vorhaben wenige Zeit später mit den Stimmen von Unions- und einigen SPD-geführten Ländern im Bundesrat gestoppt. Aufgrund massiver Widerstände seitens der Wirtschaft einigte man sich schließlich stattdessen auf einen Ausbildungspakt. In einer freiwilligen Selbstverpflichtung versprachen die Unternehmen zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Doch das Angebot an Ausbildungsplätzen stieg nicht an, sondern sank. Alle Pakte, Allianzen und freiwilligen Selbstverpflichtungen zwischen Politik und Wirtschaft haben bisher nicht zu einer grundlegenden Wende geführt. Daher ist es vonnöten, jenseits von Programmen und Vereinbarungen mithilfe einer solidarischen Umlagefinanzierung für eine faire Ausbildungsplatzfinanzierung und für mehr Ausbildungsplätze zu sorgen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um eine solidarische Umlagefinanzierung zu schaffen, die alle Betriebe für die Ausbildung junger Menschen in die Pflicht nimmt;
2. einen Gesetzentwurf vorzulegen, um einen Rechtsanspruch auf Ausbildung grundgesetzlich zu verankern, sodass allen jungen Menschen ermöglicht wird, eine vollqualifizierende, mindestens dreijährige Ausbildung aufzunehmen.

Berlin, den 24. September 2019

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion